

URL: <http://www.welt.de/die-welt/politik/article7011171/Der-ganz-grosse-Elternsprechtag.html>

[Bilder ein-/ausblenden](#)

[Artikel drucken](#)

Der ganz große Elternsprechtag

Von Margita Feldrapp und Miriam Hollstein 1. April 2010, 04:00 Uhr

Woran hapert es in der Bildungspolitik wirklich? Eine aktuelle Umfrage zeigt, was die Deutschen über ihre Schulen denken

Lehrer mögen Elternsprechtage meist nicht. Im Viertelstundentakt klopfen bei ihnen Mütter und Väter, die das Beste für ihr Kind wollen. Manchmal sagen sie, was ihnen am Unterricht gefällt, viel öfter, was besser werden soll - und das ist nicht immer angenehm. So ähnlich ist das auch mit der gestern vorgestellten Allensbach-Studie, eine Art Elternsprechtag im großen Stil. Nicht nur Lehrer bekommen ihre Lektion erteilt, sondern auch die Bildungspolitiker.

Das Institut für Demoskopie Allensbach befragte im Auftrag der Vodafone-Stiftung repräsentativ 2262 Bundesbürger, davon 436 Eltern schulpflichtiger Kinder, ob sie mit den Lehrern zufrieden sind und wie sie aktuelle Fragen der Schulpolitik bewerten. Die Noten fallen mäßig aus, vor allem für ein Land, das sich anschiekt, Bildungsrepublik zu werden. Die Durchschnittsnote für die Schulpolitik der Länder liegt bei 3,6, eine Vier. Am besten kommt Bayern weg, wobei die Note 3,3 für den Freistaat, dessen Schulen bundesweit noch einen recht guten Ruf genießen, nicht überzeugen kann. Schlusslichter sind Berlin (3,9) und Schleswig-Holstein (4,2).

Aber es bleibt nicht bei einem Zwischenruf der Unzufriedenheit: Bei Detailfragen haben Deutschlands Eltern recht klare Vorstellungen von der idealen Schule und guten Lehrern.

Mehr Macht dem Bund

Wer mit schulpflichtigen Kindern von einem Bundesland ins andere zieht, macht oft schmerzliche Erfahrungen mit den bildungspolitischen Eigenheiten der Länder. Insofern verwundert es kaum, dass die Deutschen gern mehr Kompetenzen beim Bund sähen. 61 Prozent aller Befragten (64 Prozent der befragten

Eltern) sind der Meinung, dass die Bundesregierung für die Schulpolitik zuständig sein sollte.

Das ist auch das Ansinnen von Bundesbildungsministerin Annette Schavan. Sogar zu einer Grundgesetzänderung wäre sie bereit. Bei ihren Kollegen aus den Ländern, die durch die Föderalismusreform gerade noch gestärkt wurde, wird sie da allerdings kein leichtes Spiel haben. Auch sie selbst war als Kultusministerin in Stuttgart noch strikt dagegen, die Länderhoheit in Bildungsfragen zu beschneiden ...

Gute Lehrer, schlechte Lehrer

Von Lehrern heißt es, sie würden die Nachmittage lieber auf dem Balkon verbringen als bei Weiterbildungen, Noten würfeln, ihre Machtposition ausnutzen - so auch das Bild, das die Allensbach-Studie zeichnet. Nur 30 Prozent aller Befragten glauben, dass sich Lehrer um gerechte Noten bemühen, 16 Prozent gehen davon aus, dass sich die Pädagogen regelmäßig fortbilden, ja gar nur 14 Prozent, dass die Pädagogen ihren Beruf lieben. Doch obwohl Eltern besonders dann sehr kritisch sind, wenn es um die eigenen Kinder geht, ist die Zufriedenheit mit den Lehrern, deren Unterricht, Schulaufgaben und Klassenarbeiten Tag für Tag beim Abendessen von den eigenen Kindern getadelt oder gelobt werden, wesentlich größer als bei den Befragten ohne Kinder. Ob das auch daran liegt, dass die Eltern die Macken ihrer eigenen Kinder nur allzu gut kennen? Für den Vorschlag, Schüler sollten künftig ihre Lehrer benoten, konnten sich jedenfalls nur die Hälfte der Eltern erwärmen. Das Internetportal Spickmich.de hatte vor Kurzem grünes Licht für eine anonyme Benotung der Lehrer bekommen.

Verpflichtende Deutschkurse

Während Bundeskanzlerin Angela Merkel gerade mit Müh und Not den Streit mit dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan um Türkischunterricht an deutschen Schulen beilegen konnte, ist es eine der größten Sorgen der Eltern, dass in den Klassen der Unterricht leidet, weil viele Schüler nur unzureichend Deutsch sprechen. 47 Prozent der befragten Eltern würden ausländische Schüler verpflichten, am Nachmittag zusätzliche Deutschkurse zu besuchen. 69 Prozent der Eltern wünschen sich darüber hinaus kleinere Klassen. Merklich gewachsen ist das Unbehagen in Anbetracht der Stundenausfälle. 2009 mahnten noch 57 Prozent der Eltern an, dass mehr Unterricht stattfinden müsse. 2010 waren es bereits 64 Prozent.

Warnruf für Hamburger Reform

Sachsen war die große Überraschung bei der Pisa-Studie 2008. In allen drei Disziplinen, Mathematik, Naturwissenschaften und Lesekompetenz, lag der Freistaat auf Platz eins. Als eines der Erfolgsrezepte wurde Sachsens Mittelschule ausgemacht - das beflügelte in etlichen Bundesländern eine Debatte über die Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen. Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust wollte ohnehin schon seit 2006 Haupt-, Real- und Gesamtschulen zu Stadtteilschulen zusammenfassen, was in der umstrittenen Hamburger Schulreform umgesetzt wurde. In der Allensbach-Studie geht bundesweit aber die Hälfte der Befragten (48 Prozent) davon aus, dass die Zusammenlegung nicht viel ändern wird - 32 Prozent meinen, dass es bestenfalls Hauptschülern nützen könnte, ebenso viele fürchten, dass es für die Realschüler von Nachteil ist. Lehrerverbände klagen bereits über die Konsequenzen, weil nun immer mehr weniger begabte Schüler in die Gymnasien drängen und dadurch den Durchschnitt senken. Sie fordern vermehrt Projekte und Förderangebote für Hochbegabte, um die Besten ihrer Chancen nicht zu berauben.

Eine Verlängerung der Primarstufe auf sechs Schuljahre begrüßen nur 32 Prozent der Befragten - unter den Eltern sind es immerhin 40 Prozent. In Hamburg, wo über dieses Modell demnächst abgestimmt wird, sehen nur 27 Prozent darin eine Verbesserung.

Unbeliebtes Turbo-Abitur

Allerorten hatte die Umstellung vom neun- auf das achtjährige Gymnasium (G8) schnell als Hauruck-Reform ihren Ruf verspielt. Und so drängend das Argument ist, dass deutsche Schul- wie Universitätsabgänger aufgrund ihres Alters im internationalen Vergleich benachteiligt sind, überwiegt bis heute bei der Mehrheit der Bundesbürger der unguete Beigeschmack des Turbo-Abiturs. Nur zwölf Prozent der Befragten befürworten das G8. Auch für den Fall, dass die Lehrpläne an die kürzere Schulzeit angepasst werden, um die Belastung der Jugendlichen zu reduzieren, können sich nur 25 Prozent für die Reform erwärmen. Die Bologna-Reform, die auf eine Verkürzung der Studienzeiten abzielte, wurde da deutlich milder kritisiert. Zu hoffen bleibt, dass die Zeit auch bildungspolitische Wunden heilt. Denn in Ostländern, wo man schon wesentlich mehr Erfahrung mit dem G8 hat, befürwortet man immerhin zu 35 Prozent, dass das Abitur bereits nach acht Jahren Gymnasium abgelegt wird. Ausruhen sollte man sich darauf jedoch nicht.

Selbstkritische Eltern

Und wer ist nun für all die Missstände verantwortlich? Am bequemsten ist es stets, die anderen in die Verantwortung zu nehmen. Doch das ist den Befragten zu einfach. Sie sehen vielmehr alle Akteure gleichermaßen in der Pflicht. So glauben 65 Prozent der Bevölkerung, dass es vielen Lehrern nicht gelingt, den Stoff angemessen zu vermitteln, bei den Eltern von Schulkindern kritisieren dies 71 Prozent. Dass die Eltern sich mehr um die schulischen Leistungen des Nachwuchses kümmern müssen, fanden 70 Prozent der Befragten und immerhin 65 Prozent der Eltern. Ein zu hoher TV- und Computerkonsum bei den Schülern ist nach Ansicht von 69 Prozent der Befragten und 70 Prozent der Eltern Quelle des Übels. Immer mehr Eltern sind zudem der Ansicht, dass die Schüler nicht genug für die Schule tun. Höheren Anforderungen und mehr Wettbewerb halten indes nur die wenigsten für sinnvoll. Auch eine frühere Einschulung lehnt die überwältigende Mehrheit ab: Nur zwei Prozent der befragten Eltern und vier Prozent der Gesamtbevölkerung plädierten dafür. Es bleibt noch viel zu tun, wenn Deutschland die Ressourcen, die in herausragender Bildung liegen, wirklich nutzen will.
